

März 2026

Antrag zur Individualisierung der Bauweisen mehrheitlich beschlossen



Auf unseren Antrag hin wird die ZGL zukünftig gemeinsam mit dem Betriebsausschuss die Bauweise jedes Projekts individuell abstimmen, um den spezifischen Bedürfnissen der jeweiligen Vorhaben gerecht zu werden.

Dabei sollen umweltverträgliche Lösungen mit einer kostensparenden Planung verbunden werden, um sowohl ökologische als auch wirtschaftliche Aspekte optimal zu berücksichtigen. Ziel ist es, Flexibilität in der Umsetzung städtischer Bauprojekte zu schaffen und gleichzeitig nachhaltige Standards zu wahren.

Jochen Gefromm betonte die Vorteile des Beschlusses: „Mit diesem Ansatz können wir Projekte passgenau planen, Kosten effizient gestalten und gleichzeitig umweltfreundliche Lösungen umsetzen. Das ist ein wichtiger Schritt für zukunftsorientiertes Bauen in Lünen.“

Durch die mehrheitliche Zustimmung wird die ZGL nun in die Lage versetzt, Bauprojekte flexibler, nachhaltig und bedarfsgerecht umzusetzen.

Sicherheitspolitische Anträge werden weiter beraten

Mehrere unserer sicherheitspolitischen Anträge sind in der jüngsten Ratssitzung in die zuständige Sicherheitskommission überwiesen worden. Dort werden die Vorschläge nun vertieft beraten und hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit geprüft.

Ziel der Anträge ist es, die Sicherheit in Lünen weiter zu stärken und konkrete Maßnahmen gemeinsam mit den zuständigen Akteuren zu entwickeln. Die Beratung in der Kommission bietet dabei die Möglichkeit, verschiedene Perspektiven einzubeziehen und tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Dirk Hinz betonte die Bedeutung dieses Schrittes: „Es ist wichtig, dass unsere Vorschläge nun fachlich fundiert in der Sicherheitskommission diskutiert werden. So können wir gemeinsam die besten Lösungen für mehr Sicherheit in unserer Stadt entwickeln.“

Die weiteren Ergebnisse der Beratungen sollen im Anschluss erneut in die politischen Gremien eingebracht werden.

Wirtschaftsplan der ZGL einstimmig verabschiedet

Damit ist die finanzielle Grundlage für die laufenden und geplanten Projekte der städtischen Gesellschaft gesichert.

Der Wirtschaftsplan legt die Prioritäten für Investitionen, Betrieb und strategische Projekte fest und schafft Transparenz für Ratsmitglieder und Öffentlichkeit. Durch die einstimmige Zustimmung wird die Bedeutung der ZGL für die städtische Entwicklung unterstrichen.



Dominik Kamin betonte die Tragweite des Beschlusses: „Die einstimmige Annahme des Wirtschaftsplans zeigt, dass wir gemeinsam die Verantwortung für die städtischen Projekte tragen. So sichern wir eine nachhaltige und verlässliche Entwicklung für Lünen.“

Mit dem Beschluss kann die ZGL ihre Arbeit planungssicher fortsetzen und die Projekte effizient umsetzen.

**Die CDU lebt von
Ihren Mitgliedern.**

**Schreiben Sie
uns gerne!**



Konsequente Konsolidierung beschlossen

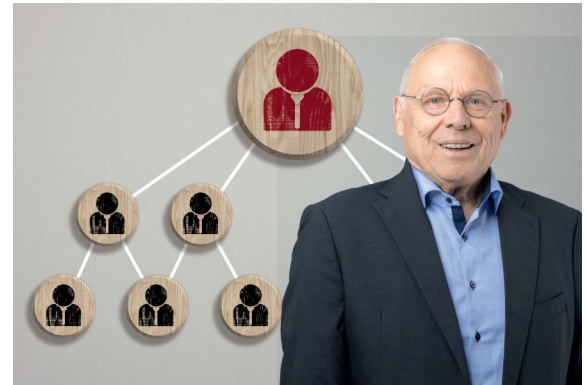
Gemeinsamer Antrag von CDU und SPD zur konsequenten Haushaltskonsolidierung mehrheitlich beschlossen. Kern des Antrags ist die Einrichtung eines HSK-Büros, das den Konsolidierungsprozess zentral steuern und begleiten soll.

Ein besonderer Fokus liegt dabei auf dem Dezernat 3, das im Rahmen einer externen Untersuchung einer umfassenden Organisations- und Effizienzprüfung unterzogen werden soll. Ziel ist es, bestehende Doppelstrukturen zu identifizieren und abzubauen sowie Abläufe nachhaltiger und wirtschaftlicher zu gestalten.

Wichtig dabei: Für die Umsetzung des Antrags sind keine zusätzlichen Haushaltsmittel erforderlich. Dies wurde auch vom Kämmerer ausdrücklich bestätigt. Ebenso hat die Verwaltung den Antrag begrüßt und ihre Unterstützung signalisiert.

Paul Jahnke unterstrich die Bedeutung des Beschlusses: „Mit der Einrichtung eines HSK-Büros und der gezielten Überprüfung von Strukturen schaffen wir die Grundlage für eine nachhaltige Konsolidierung. Es geht darum, effizienter zu werden und unsere Ressourcen verantwortungsvoll einzusetzen.“

Mit dem mehrheitlichen Beschluss setzt der Rat ein klares Zeichen für eine strukturierte und langfristig angelegte Haushaltskonsolidierung.



Umsetzung des Sportentwicklungskonzepts auf den Weg gebracht

CDU Antrag wurde mehrheitlich beschlossen. Bestandteil des Beschlusses ist auch die Beauftragung eines externen Fachbüros, das den Prozess fachlich begleiten und auswerten soll.



Ziel ist es, die bestehenden Maßnahmen systematisch zu überprüfen, weiterzuentwickeln und den Sport in Lünen zukunftsfähig aufzustellen. Dabei sollen sowohl der Vereins- als auch der Breitensport in den Blick genommen werden.

Thorsten Redeker unterstrich die Bedeutung des Beschlusses: „Mit der Beauftragung eines Fachbüros stellen wir sicher, dass die Umsetzung des Sportentwicklungskonzepts professionell begleitet und kontinuierlich bewertet wird. So schaffen wir eine fundierte Grundlage, um den Sport in unserer Stadt nachhaltig zu stärken.“

Mit der Entscheidung ist ein wichtiger Schritt getan, um die sportliche Infrastruktur und Angebote in Lünen gezielt weiterzuentwickeln.

Rat beschließt verbindliche Personalentwicklungs- und Konsolidierungsplanung

Aus Basis des Antrages der CDU wird die Verwaltung beauftragt, eine langfristige Strategie für Personalentwicklung und Haushaltskonsolidierung zu erarbeiten.

Ziel ist es, die personellen Ressourcen der Stadt nachhaltig zu planen, den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen und gleichzeitig die finanzielle Leistungsfähigkeit der Verwaltung zu sichern.

Günther Koch betonte die Bedeutung des Beschlusses: „Mit einer langfristigen und verbindlichen Planung schaffen wir Klarheit und Verlässlichkeit – sowohl für die Mitarbeitenden als auch für die zukünftige Entwicklung unserer Verwaltung. Es ist entscheidend, heute die richtigen Weichen für die kommenden Jahre zu stellen.“

Mit dem Beschluss wird ein wichtiger Schritt hin zu einer strategischen und nachhaltigen Ausrichtung der Stadtverwaltung bis 2035 gemacht.



Kommen Sie mit uns ins Gespräch!

Wir haben in den kommenden Monaten viel vor. Hier einige Highlights zum Vormerken:

Ostereieraktion der CDU Lünen: Samstag, 4. April, an unserem Infostand in der Innenstadt. Ministerin Ina Scharrenbach wird ebenfalls vor Ort sein!

Bildungsreise: Vom 13. bis 17. Juni 2026 planen wir eine politische Bildungsreise zum EU-Parlament nach Straßburg.

Geselliger Abschluss: Freuen Sie sich auf unser traditionelles Spargelessen bei Clemens August in Davensberg.

Zukunft der ehemaligen Pestalozzischule in Lünen-Süd geklärt



Änderungsantrag der CDU erfolgreich durchgesetzt! Der Rat hat beschlossen, die bisher vorgesehene Nutzung der ehemaligen Pestalozzischule für öffentliche Zwecke aufzugeben. Stattdessen wird die Zielsetzung, das Gebäude abzureißen und die Fläche für Wohnungsbau zu entwickeln, weiterverfolgt.

Grundlage hierfür war ein Änderungsantrag, der eine Mehrheit im Rat gefunden hat. Damit wird ein neuer Schwerpunkt auf die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum in Lünen-Süd gelegt.

Arno Feller begrüßte die Entscheidung: „Mit diesem Beschluss schaffen wir die Voraussetzung, um neuen Wohnraum zu entwickeln und gleichzeitig eine Fläche sinnvoll neu zu nutzen. Das ist ein wichtiger Schritt für die städtebauliche Entwicklung in Lünen-Süd.“

Mit der nun getroffenen Entscheidung kann die weitere Planung für den Abriss und die anschließende Wohnbebauung konkretisiert werden.

Doppelhaushalt 2026/2027



Der Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 2027 wurde mit einer Mehrheit beschlossen. Damit verfügt die Stadt über eine verlässliche finanzielle Grundlage für die kommenden beiden Jahre.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen wurde deutlich, dass Lünen weiterhin vor finanziellen Herausforderungen steht, zugleich aber wichtige Zukunftsprojekte vorangebracht werden sollen. Der Haushalt bildet hierfür den notwendigen Rahmen.

In seiner Haushaltsrede hob der Fraktionsvorsitzende Christoph Tölle hervor, dass es nun darauf ankomme, die richtigen Prioritäten zu setzen und verantwortungsbewusst zu handeln: „Wir stehen vor einer Phase, in der wir sorgfältig abwägen müssen, wie wir unsere Mittel einsetzen. Es geht darum, Herausforderungen zu bewältigen und gleichzeitig Chancen aktiv zu nutzen, um Lünen nachhaltig weiterzuentwickeln.“

Mit dem Beschluss des Doppelhaushalts ist ein wichtiger Schritt getan, um zentrale Vorhaben abzusichern und die Handlungsfähigkeit der Stadt zu gewährleisten.

Mehrheit für Prüfauftrag zur Jugendberufsagentur

Der Rat hat in seiner jüngsten Sitzung dem Prüfauftrag der CDU zur Einrichtung einer Jugendberufsagentur mehrheitlich zugestimmt. Damit wird die Verwaltung nun beauftragt, die Umsetzungsmöglichkeiten sowie den konkreten Bedarf vor Ort eingehend zu prüfen.

Ziel einer Jugendberufsagentur ist es, junge Menschen beim Übergang von der Schule in den Beruf besser zu unterstützen und bestehende Angebote zu bündeln. Durch eine engere Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen sollen Beratungs- und Unterstützungsleistungen effizienter gestaltet werden.



„Wir freuen uns, dass unser Prüfauftrag eine Mehrheit gefunden hat. Jetzt ist es wichtig, dass die Verwaltung sorgfältig prüft, wie wir junge Menschen noch gezielter auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf begleiten können“, erklärt Pressesprecherin Marie Hirschberg.

Die Ergebnisse der Prüfung sollen zu einem späteren Zeitpunkt dem Rat vorgestellt werden, um über das weitere Vorgehen zu entscheiden.



Weiterführung der Schulsozialarbeit

Die Schulsozialarbeit an Schulen bleibt für das Schuljahr 26/27 bestehen. Damit bleibt ein wichtiges Unterstützungsangebot für Schülerinnen und Schüler sowie deren Familien weiterhin gesichert.



Die Schulsozialarbeit leistet einen entscheidenden Beitrag im Schulalltag, indem sie junge Menschen individuell begleitet, bei persönlichen Herausforderungen unterstützt und zur Chancengleichheit beiträgt. Auch die enge Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Eltern ist ein zentraler Bestandteil der Arbeit.



Daniel Pöter betonte die Bedeutung dieser Entscheidung: „Schulsozialarbeit ist ein unverzichtbarer Baustein für mehr Bildungsgerechtigkeit. Es ist wichtig, dass wir dieses Angebot verlässlich fortführen und den Schülerinnen und Schülern auch im kommenden Schuljahr zur Seite stehen.“

Mit dem Beschluss setzt der Rat ein klares Signal für die Unterstützung junger Menschen und die Stärkung der Schulen in Lünen.

Bezahlkarte für Geflüchtete knapp abgelehnt

Der Rat der Stadt Lünen hat sich in seiner jüngsten Sitzung mit der Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete befasst. Anlass der Debatte war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90 die Grünen, die sogenannte Opt-out-Regelung einzuführen. In diesem Zusammenhang wurde das Thema Bezahlkarte grundlegend beraten und intensiv diskutiert.



Die Einführung der Bezahlkarte sollte dazu beitragen, Verwaltungsabläufe zu vereinfachen und gleichzeitig für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei der Verwendung von Leistungen zu sorgen. Zudem wird sie seitens der CDU, als Möglichkeit gesehen, Kommunen organisatorisch zu entlasten. Dabei wurde ausdrücklich betont, dass mit der Einführung keine Diskriminierung von Geflüchteten verbunden sein soll. Vielmehr stehen der praktische Nutzen, Effizienzgewinne in der Verwaltung sowie wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund.

Die Einführung der Bezahlkarte fand jedoch keine Mehrheit und wurde knapp abgelehnt. Christiane Krämer zeigte sich enttäuscht über das Abstimmungsergebnis: „Wir halten die Bezahlkarte weiterhin für ein sinnvolles Instrument, um Abläufe zu vereinfachen und für mehr Klarheit zu sorgen. Dass sich hierfür keine Mehrheit gefunden hat, ist bedauerlich. Diskriminierung steht und stand in diesem Zusammenhang nie im Fokus der Debatte.“

Unabhängig von der Entscheidung wird das Thema auf kommunaler und überregionaler Ebene weiterhin diskutiert werden.



Neugierig geworden?

Besuchen Sie unsere Homepage
www.cdu-luenen.de
 für viele weitere Beiträge.

